

Ergebniszusammenfassung



Berlin, 22.6.2021: **(Sperrfrist 22.6.21, 12 Uhr)** Unter dem Titel „Die geforderte Mitte“ stellt ein Forschungsteam der Universität Bielefeld die neue Mitte-Studie zu rechtsextremen und demokratiegefährdenden Einstellungen in der Bevölkerung vor, durchgeführt im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Mitte-Studien geben Auskunft über die Verbreitung und Verknüpfung rechtsextremer und demokratiegefährdender Einstellungen anhand der Daten einer repräsentativ befragten Stichprobe der Gesellschaft. Die Studie fällt in eine Krisensituation, ausgelöst durch die Coronapandemie. Die Verbreitung von demokratiefeindlichen und rechtspopulistischen Einstellungen in der Mitte steht dabei zunächst im Fokus. Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse finden sich in der 375 Seiten umfassenden Publikation, die im Dietz-Verlag erscheint.

Zur Methode:

Für die Mitte-Studie 2020/21 wurden 1.750 repräsentativ ausgewählte Erwachsene in Deutschland telefonisch befragt (Wohnbevölkerung). Realisiert wird die Studie von einem Forschungsteam unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick vom Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (IKG). Grundlage ist ein standardisierter Fragebogen, die Erhebung und Auswertung folgt den wissenschaftlichen Methoden der Einstellungsforschung. Die Befragung wurde vom »uzbonn – Gesellschaft für empirische Sozialforschung und Evaluation« zwischen dem 2. Januar und 17. Februar 2021 realisiert. Die Mitte-Studie wird seit 2006 von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegeben.

Wer ist „die Mitte“?:

Mit dem Namen „Mitte“-Studie wird der Fokus der Beobachtungen auf die breite Bevölkerung hervorgehoben. Ziel der Studie ist es zu erkunden, wie es um die demokratischen und weniger demokratischen Einstellungen in der „Mitte der Gesellschaft“ jenseits rechtsextremer Strukturen bestellt ist. Der Begriff der „Mitte“ schließt eine sehr heterogene Bevölkerung ein, von der sich ein großer Teil selbst als „Mitte“ fühlt. Die Mitte gilt als Garant für Demokratie, für ein „richtig und normal“. Entsprechend umworben wie umkämpft ist die Mitte politisch. Die „Mitte“ ist damit mehr als die sozioökonomisch definierte Mittelschicht, geht auch über eine nach Wahlentscheidung oder Selbstverortung definierte politische Mitte hinaus. Die Mitte-Studie greift diesen vagen und zugleich aufgeladenen Mitte-Begriff bewusst auf und will eine empirische Grundlage für die kritische Beobachtung gesellschaftlicher Zustände und Entwicklungen geben.

Methodischer Zugang

Die Mitte-Studie ist als repräsentative Bevölkerungsumfrage angelegt und folgt etablierten Methoden der empirischen Sozial- und Einstellungsforschung. Seit 2014 wird die Studie als telefonische Befragung durchgeführt; dazu wird ein standardisierter Fragenbogen verwendet (CATI-Methode; 60% Festnetz/ 40% Mobilfunkanteil. Den Befragten werden Aussagen vorgelesen, zu denen jeweils Antwortalternativen zur Verfügung stehen. Alle Einstellungen werden in der Erhebung 2020/21 über eine 5-stufige Antwortskala erhoben. Die Kernkonstrukte werden in der Regel über mehrere Aussagen erhoben, die anschließend zu einer geprüften, reliablen Dimension (Skala) zusammengefasst werden. Die Messqualität wird unter Verwendung gängiger statistischer Methoden geprüft. Die Analysen erfolgen über die gewichtete Stichprobe der deutschen Wohnbevölkerung. Entsprechend gering ist der Anteil von Bevölkerungsgruppen, die statistisch gemessen an der Gesamtbevölkerung nur eine kleine Anzahl umfassen. Ist der Anteil zu gering, kann keine zuverlässige Aussage getroffen werden, daher wurde von der Analyse zu kleinen Bevölkerungsgruppen abgesehen bzw. ein Hinweis auf ggf. vorsichtige Bewertung eingefügt. Bei telefonischen Befragungen liegen Zustimmungswerte zu als ggf. kritisch bewerteten Aussagen in der Tendenz üblicherweise unter solchen, die z.B. über anonyme schriftliche Befragungen oder eine Online-Befragung erhoben werden. Angenommen werden muss zudem eine gewisse Verzerrung der Stichprobe insofern, als dass Personen mit bewusst rechtsextremer Position und auch solche, die Wissenschaft gegenüber skeptisch eingestellt sind, ebenso wie jene, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, überzufällig häufig nicht an der Befragung teilnehmen. Die Mitte-Studie ermittelt über die verwendete Methode insbesondere bei offen rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen eher konservative Werte bzw. bildet die Bevölkerungsmeinung mit den genannten Einschränkungen ab.

Erfassung rechtsextremer Einstellungen

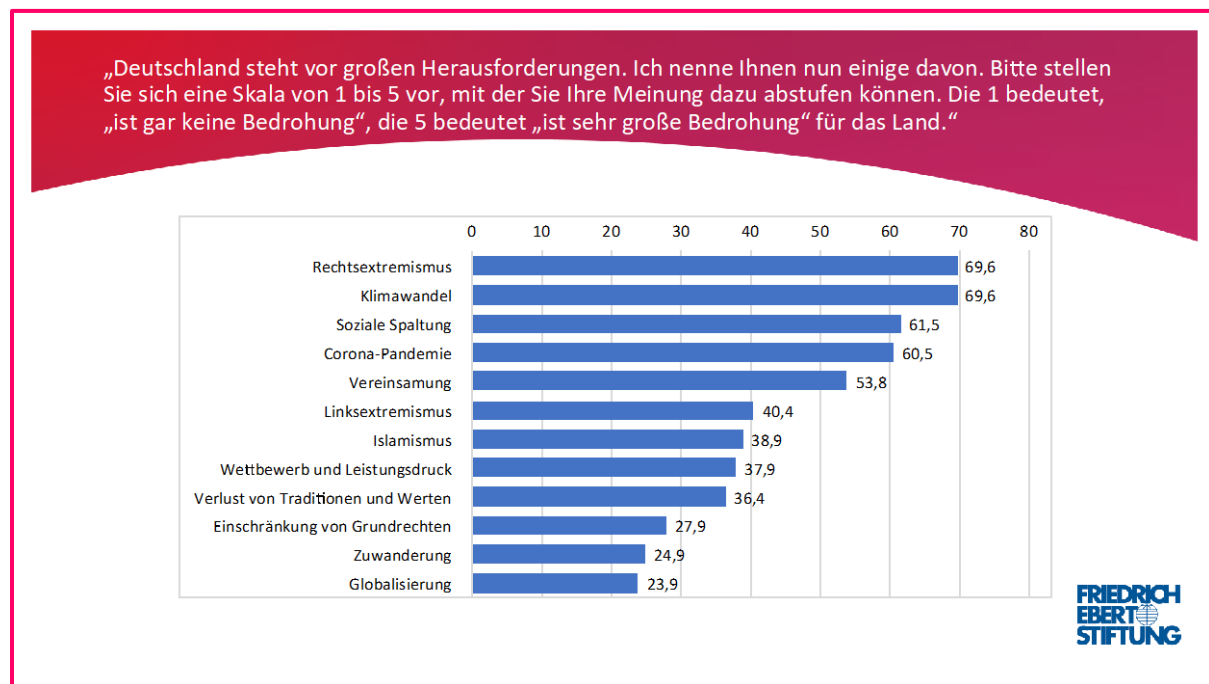
In der Tradition der seit 2006 im zweijährigen Rhythmus durchgeführten Mitte-Studie werden rechtsextreme Einstellungen einer anerkannten „Konsens-Definition“ folgend über sechs Dimensionen erfasst: Zustimmung zu einer rechtsgerichteten Diktatur, nationalem Chauvinismus und der Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus. Nach einem streng gewählten Kriterium werden nur jene Befragte unter „Zustimmung“ gezählt, die alle jeweils verwendeten Aussagen mit als eher oder voll zutreffend beantworten. Ergänzend wird erstmals auch ein Graubereich zwischen Zustimmung und Ablehnung ausgewiesen.

In Zusammenhang mit weiteren demokratiegefährdenden Einstellungen berichtet die Studie u.a. über die Zustimmung zu Verschwörungsmythen und völkischen-autoritär-rebellischen Einstellungen ebenso wie über die Abwertungen diverser sozialer Minderheiten. Ein besonderer Fokus liegt in der diesjährigen Mitte-Studie auf dem Rassismus gegenüber Schwarzen Personen und der Ablehnung von Gleichstellungsanstrengungen in Zusammenhang mit Geschlecht bzw. der sexuellen Identität/Orientierung (Antigenderismus). Erstmals wurden auch Einstellungen zu Klimawandel und Energiewende abgefragt und deren partielle Verknüpfung mit (Rechts-)Populismus und Rechtsextremismus untersucht. Erstmals wird neben dem Blick auf Mitgliedschaften in den Gewerkschaften und großen christlichen Religionsgemeinschaften auch ein Schlaglicht auf politische Einstellungen bei Mitgliedern in Sportvereinen geworfen. Abschließend werden Schlussfolgerungen für die Politische Bildung gezogen.

Im Folgenden wird eine Zusammenfassung zentraler Befunde gegeben. In der Publikation zur Studie werden diese theoretisch und methodisch erläutert und weitere detaillierte Ergebnisse präsentiert.

Der Rechtsextremismus steht an oberster Stelle wahrgenommener Bedrohungen für das Land

Danach gefragt, inwieweit eine Reihe von Herausforderungen eine Bedrohung für Deutschland sind, sehen fast 70% der Befragten den Rechtsextremismus als Bedrohung. Damit steht der Rechtsextremismus an oberster Stelle wahrgenommener Bedrohungen, noch vor dem Klimawandel (69,6%), Sozialer Spaltung (61,5%) und der Coronapandemie (60,5%), gefolgt von Vereinsamung (53,8%). Erst mit einigem Abstand folgen dann Linksextremismus (40,4%) und Islamismus (38,9%). Die Mitte scheint nach den rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Attentaten, die in den vergangenen Jahren auch Deutschland erschüttert haben, und der inzwischen auch politischen und medialen Aufmerksamkeit für den Anstieg an Hasstaten aufgewacht zu sein und erkennt den Rechtsextremismus als Gefahr für das Land.

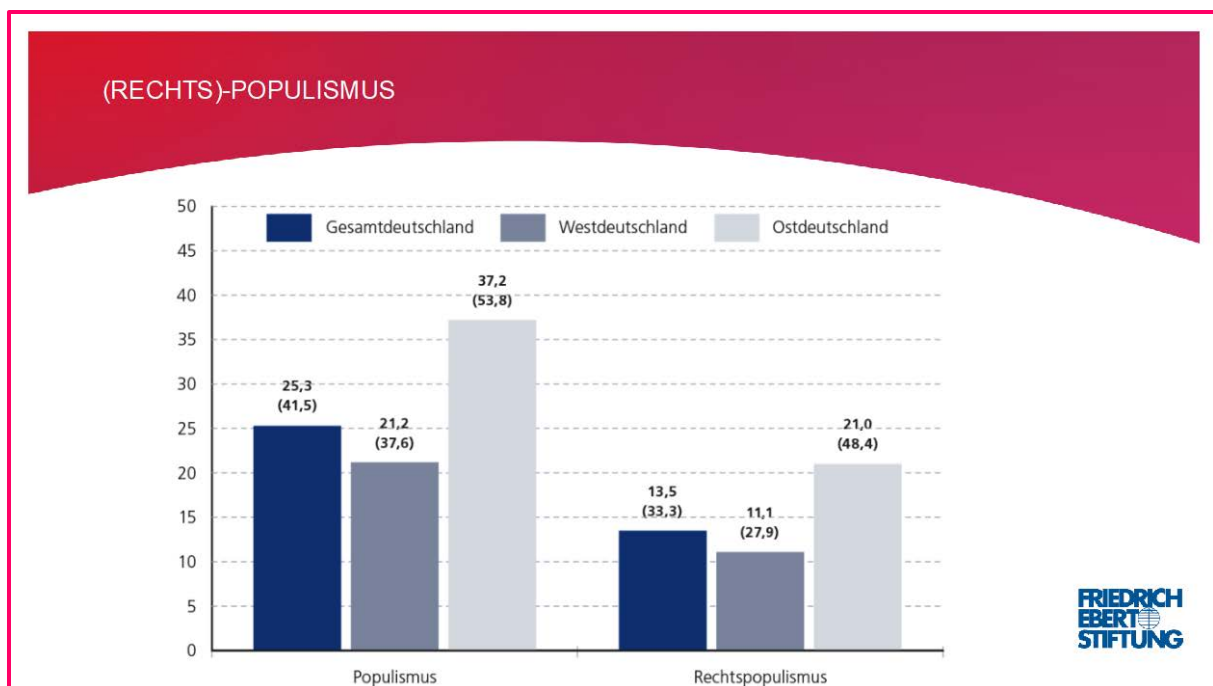


Einstellungen zur Demokratie und (Rechts)Populismus

Die Mehrheit der Mitte versteht sich selbst als demokratisch. So sagen 72,8% der Befragten von sich selbst: »Ich bin ein überzeugter Demokrat/eine überzeugte Demokratin«, lediglich 9,5% betrachten sich nicht als solche. Für 88% steht die Würde und Gleichheit aller in einer Demokratie an erster Stelle. Die Mehrheit von knapp 70% fordert in diesem Sinne mehr Engagement für eine vielfältige, offene Gesellschaft. 85% meinen von sich: „Ich behandle alle Menschen gleich“. Das Vertrauen in demokratische Institutionen ist insgesamt recht hoch, 86% vertrauen auch auf die korrekte Durchführung der Wahlen.

Doch auch wenn ein Großteil den Rechtsextremismus als Bedrohung erkennt und sich demokratisch positioniert, ist die Mitte dennoch konfrontiert mit einem neuen antidemokratischen Populismus, der sich zum Türöffner für Rechtsextremismus entwickelt hat. In Teilen ist die Mitte dafür offen. Mehr als jeder Fünfte zweifelt daran, dass Demokratie zu sachgerechten Entscheidungen führt, und meint, sie führe eher zu faulen Kompromissen. Knapp 20% sind der Meinung, es würde zu viel Rücksicht auf Minderheiten benommen, ein knappes Viertel ist der Auffassung: „Im nationalen Interesse können nicht wir nicht allen die gleichen Rechten gewähren“. Und rund 16% unterstellen: „Die regierenden Parteien betrügen das Volk“. Die Analysen machen zudem deutlich: Dieser elitenkritische und antiplurale Populismus ist in Deutschland hoch korreliert mit der Abwertung sozialer Minderheiten, die als „fremd“ markiert werden – Eingewanderte, Asylsuchende, Muslime sowie Sinti_ze und Rom_nja. Er geht nicht selten zudem Hand in Hand mit Misstrauen und Ablehnung gegenüber Gleichstellungsmaßnahmen in Zusammenhang mit dem Geschlecht bzw. der geschlechtlichen wie sexuellen Vielfalt.

25% der Befragten neigen zum Populismus, 13% zum Rechtspopulismus. Legt man ein weiches Kriterium an, sind dies sogar noch mehr. Unter Ostdeutschen sind dies noch mehr als unter Westdeutschen.



Die eigenen Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten werden jedoch nicht ganz so positiv bewertet. Nur 45 % der Befragten sehen in ihrem eigenen Umfeld die Möglichkeit, sich politisch zu beteiligen. Auch wenn das Gefühl politischer Machtlosigkeit im Vergleich zur Mitte-Studie 2018/19 zurückgegangen ist, glauben immer noch 28% der Befragten, „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“.

16% der Befragten meinen sogar: „Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie“, weitere 11% stimmen dem teils/teils zu. Fast 23% stimmen zu: „Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen“. Diese Auffassungen sind empirisch eng mit dem Ruf nach Meinungsfreiheit bzw. der Unterstellung, die Meinungsfreiheit würde beschnitten, ebenso wie

mit Ideologeelementen verknüpft, die von der Neuen Rechten unter dem Label des „Ethnopluralismus“ verbreitet werden. Dem folgen die 5% Befragten, die eher oder voll beispielsweise der Aussage zustimmen (weiter 9,8% antworten mit teils/teils): „Unterschiedliche Völker sollten sich nicht vermischen.“ Dieses Einstellungskonglomerat verbindet sich empirisch bestätigt zu einer völkisch-autoritär-rebellische Haltung, die auch offen für die Billigung von Gewalt ist.

VÖLKISCH-AUTORITÄR-REBELLISCHE HALTUNG

Völkisch-autoritär-rebellische Einstellungen in der Mitte-Studie 2020/21
(Angaben in Prozent)

Tabelle 8.0.1

Trifft ... –	... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	teils/teils	... eher zu	... voll und ganz zu
Völkisches Denken/Ethnopluralismus und Islamverschwörung (M = 1,99; SD = ,09; n = 1.738; $\alpha = ,65$)					
Manche Völker sind begabter als andere.	51,5	14,4	21,9	7,9	4,4
Unterschiedliche Völker sollten sich nicht vermischen.	68,2	17,0	9,8	2,6	2,4
Die deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert.	31,8	24,6	22,2	11,4	9,9
Behauptung Einschränkung der Meinungsfreiheit* (M = 3,03; SD = 1,17; n = 831; $\alpha = ,77$)					
In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.	25,1	26,6	21,8	12,2	14,3
In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden.	7,8	14,4	28,9	25,0	23,9
Behauptung Diktatur* (M = 2,24; SD = 1,17; n = 834; $\alpha = ,78$)					
Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie.	51,7	21,3	11,0	8,2	7,9
Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.	26,7	28,7	21,9	13,0	9,7

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Wie bereits in der vergangenen Mitte-Studie 2018/19 deutlich wurde, sind Menschen, die sich politisch machtlos fühlen, weniger von der Demokratie überzeugt beziehungsweise umgekehrt – wer aktiv die Demokratie befürwortet, fühlt sich seltener machtlos. Das Gefühl der Machtlosigkeit ist unter AfD-Wähler_innen am höchsten.

Wie schon zuvor neigen potenzielle Wähler_innen der AfD auffallend häufig nicht nur zu populistischen Einstellungen – wenden sich also „gegen die korrupten Eliten“ und gegen Pluralität von Interessen – sondern vertreten auch signifikant und deutlich häufiger menschenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen. Sie zweifeln zudem eher an der Ordnungsmäßigkeit von Wahlen.

Rechtsextreme Einstellungen

Eindeutig und offen rechtsextreme Einstellungen werden vom Großteil der Bevölkerung abgelehnt und sind über die Gesamtgesellschaft betrachtet weiter rückläufig. Nur ein sehr kleiner Anteil der Befragten hat ein sogenanntes „geschlossen rechtsextremes Weltbild“, auch zu den einzelnen Subdimensionen rechtsextremer Einstellungen ist die Zustimmung zumeist gering. Hier zeichnet sich die gewachsene Aufmerksamkeit für das Thema ab, wie auch eine mögliche Erschöpfung der Mitte von der populistischen Dauerbefeuern der letzten Jahre. Die Coronapandemie hat sicherlich ebenfalls zu dieser Erschöpfung beigetragen, wie auch zu einer neuen Sachlichkeit, Solidität und Solidarität. Allerdings dürfte zu den niedrigen Werten ggf. auch die Lähmung rechtsextremer Mobilisierungsräume durch die Pandemie beigetragen haben, die sich eben auch auf das Internet begrenzen mussten.

Zudem ist es naheliegend, dass Personen, die Wissenschaft gegenüber skeptisch sind, sich eher nicht befragen lassen.

Besonders deutlich gesunken ist die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit. Das Thema Migration hat nach dem Höhepunkt der Fluchtbewegung aktuell vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit, politisch wie medial. Sicherlich hat mit der zunehmenden Integration der neuhinzugekommenen Geflüchteten auch ein erfahrbarer Gewöhnungs- und Normalisierungsprozess gesetzt. Dennoch ist rund ein Drittel (32,7%) der Befragten mindestens teils/teils der Ansicht: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“. Auffällig ist jedoch die Subdimension Sozialdarwinismus, also eine biologische Vorstellung von der Ungleichwertigkeit der Menschen:



Wenngleich auf niedrigem Niveau, nimmt hier die Zustimmung seit 2014 kontinuierlich zu. So stimmen beispielsweise 16,6% der Befragten der Aussage mindestens teils/teils zu: „Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“

Nach wie vor gibt es also einen erheblichen „Graubereich“ – Befragte, die hart rechtsextremen Einstellungen nicht zustimmen, sie aber auch nicht klar ablehnen. Der Anteil der Befragten, die bei rechtsextremen Aussagen mit teils/teils antworten, hat im Vergleich zur Mitte-Studie 2018/19 weiter zugenommen. Die Befragten positionieren sich demnach auch zu offensichtlich rechtsextremen Aussagen uneindeutig bzw. ambivalent. Ergänzende Analysen deuten darauf hin, dass sich hinter einem Teil der teils/teils-Antworten auch latente Zustimmung verbirgt.

GRAUBEREICH UND AMBIVALENZEN

Graubereich zwischen Zustimmung und Ablehnung zu den Subdimensionen rechtsextremer Einstellungen und Gewaltbilligung in Deutschland 2020/21 (Angaben in Prozent) Tabelle 3.0.3

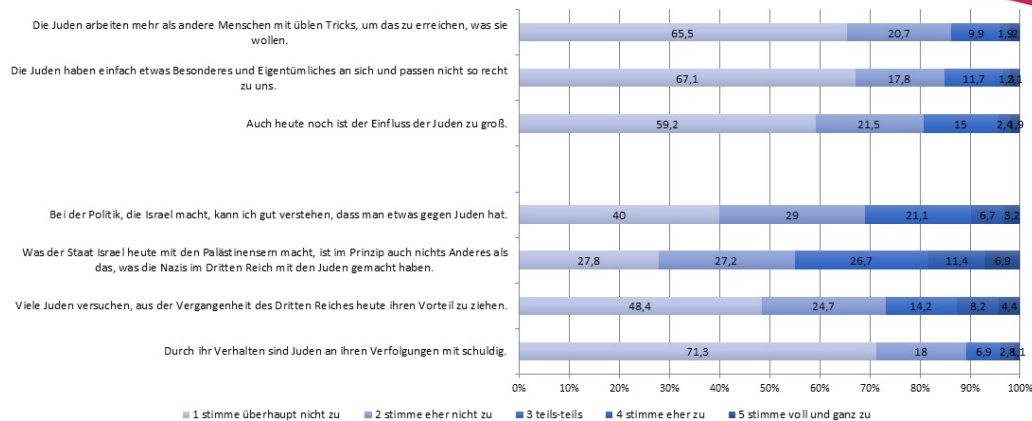
	Ab- lehnung	Grau- bereich	Zustim- mung
Befürwortung Diktatur (n = 1.651)	82,3	15,5	2,2
Nationaler Chauvinismus (n = 1.586)	57,3	34,1	8,6
Verharmlosung des Nationalsozialismus (n = 1.541)	89,2	9,4	1,4
Fremdenfeindlichkeit (n = 1.650)	74,1	21,3	4,5
Antisemitismus (n = 1.493)	88,0	10,3	1,7
Sozialdarwinismus (n = 1.679)	88,3	8,8	2,9
Manifest rechtsextremes Weltbild (n = 1.315)	86,2	12,1	1,7
Gewaltbilligung (n = 1.732)	82,9	11,8	5,3

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Antisemitismus

Antisemitische Einstellungen haben – betrachtet über die Breite der Bevölkerung – nicht in allen, aber doch einigen Facetten zugenommen – hier sind die Ergebnisse uneindeutig. Deutlich wird jedoch vor allem: Die klare Ablehnung von Antisemitismus hat abgenommen. Dies spricht dafür, dass das Aufweichen der öffentlichen Ächtung von Antisemitismus inzwischen Spuren hinterlässt. Die tiefe Verankerung des Antisemitismus in der Gesellschaft hat immer wieder das Potenzial, hervorzubrechen. So lehnt etwa jede_r fünfte Befragte nach wie vor klassisch antisemitischen Verschwörungsmymen (19,3%) nicht klar ab, wenn er oder sie auf die Aussage, „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“, mit mindestens teils/teils antwortet oder überwiegend oder sogar völlig zustimmt. Diese Aufweichung zeigt sich spezifisch für den Antisemitismus, nicht aber bei der eng verwandten Verharmlosung des Nationalsozialismus.

ANTISEMITISMUS 2020/21



Gewaltbilligung

Ein kleiner Teil der Befragten betrachtet Gewalt zum Erreichen politischer Ziele für gerechtfertigt (4,3% stimmen eher oder voll zu, weitere 9,6% teils/teils), billigt Gewalt zur Absicherung der eigenen Vormachtstellung, indem er zustimmt: „Wenn sich andere bei uns breitmachen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist“ (7,3% stimmen eher oder voll zu, weitere 10,3% teils/teils), und rechtfertigt Gewalt, die sich gegen Politiker_innen wendet: „Einige Politiker haben es verdient, wenn die Wut gegen sie auch schon Mal in Gewalt umschlägt.“ (5,4% stimmen eher oder voll zu, weitere 6,7% teils/teils). Unter Befragten, die sich selbst politisch

HASS UND GEWALT

„Gewalt kann zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein.“
4,3% (+ 9,2% teils/teils)

„Wenn sich andere bei uns breitmachen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist.“
7,3% (+ 10,3% teils/teils)

„Einige Politiker haben es verdient, wenn die Wut gegen sie auch schon mal in Gewalt umschlägt.“
5,4% (+ 6,7% teils/teils)

- ⇒ Gewalt im politisch-gesellschaftlichen Raum billigen die allermeisten Befragten nicht.
- ⇒ Doch ein kleiner Teil billigt Gewalt, etwa auch gegen Politiker_innen, und weitere sind ambivalent (klare Ablehnung 70,6%).
- ⇒ Die Billigung von Gewalt hängt sehr deutlich mit menschenfeindlichen ($r = .53^{***}$) und rechtsextremen Einstellungen ($r = .59^{***}$) zusammen und mit den Ansichten „zu viele kulturelle Unterschiede schaden dem Zusammenhalt in Deutschland“ ($r = .37$) und „die Partei AfD ist eine Partei wie alle anderen auch“ ($r = .30^{***}$)

rechts der Mitte verorten, ist die Billigung von Gewalt signifikant häufiger verbreitet als unter Befragten, die sich politisch „genau in der Mitte“ oder links davon sehen.

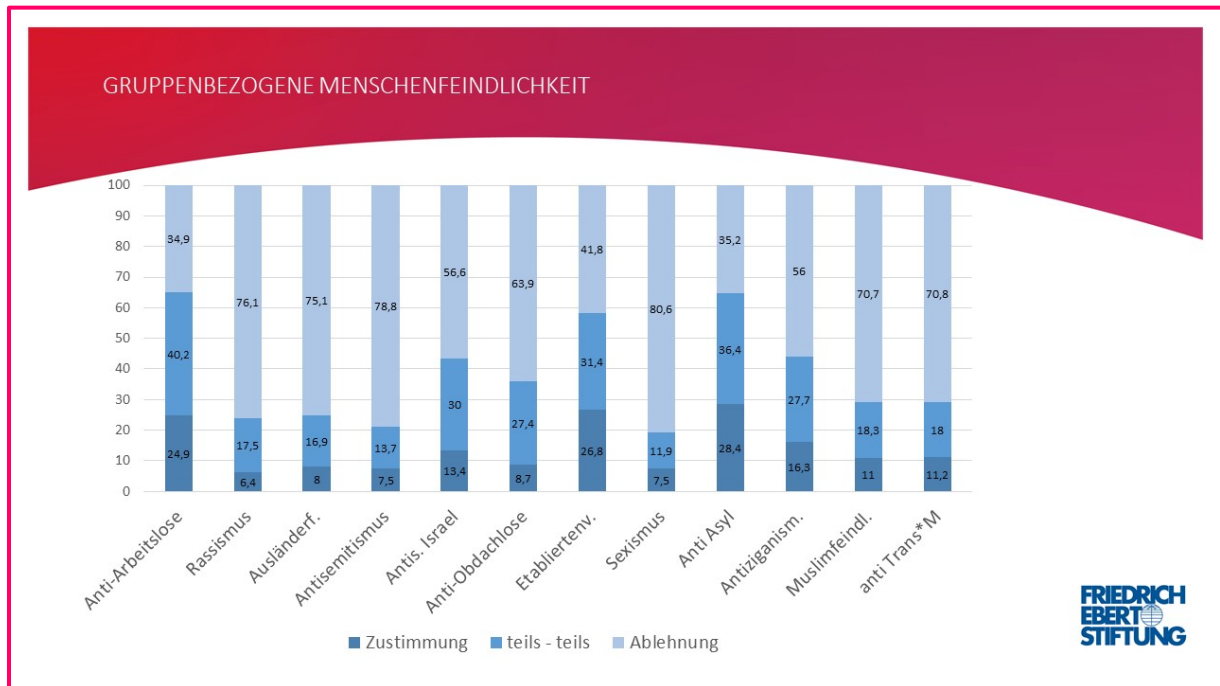
Rassismus gegen Schwarze Menschen

Erstmalig wurden in der Mitte Studie 2020/21 rassistische Einstellungen gegenüber Schwarzen Menschen ausführlicher gemessen. Nur wenige Befragte stimmen den rassistischen Aussagen über Schwarze Menschen zu, in ihrer großen Mehrheit lehnen die Befragten offenen Rassismus ab. Im Vergleich zur Mitte-Studie 2018/19 hat der offene Rassismus abgenommen. Nicht zuletzt dürften die Bilder vom Tod von George Floyd und die Black-Lives-Matter Bewegung, zu einer höheren Sensibilität für das Thema Rassismus auch in Deutschland geführt haben. Doch stimmen auch in der aktuellen Erhebung immerhin 10,5% der Befragten der Aussage zu: „Schwarze Menschen sollten dankbar sein, hier sein zu dürfen“ und fast 13,3% antworten hier teils/teils. 6% sind der Auffassung: „Weiße sind zu recht führend auf der Welt“, weitere 10% stimmen hier teils/teils zu. Bemerkenswert ist, dass auch Befragte, die harten rassistischen Einstellungen gegenüber Schwarzen Menschen zustimmten, gleichzeitig Rassismus in ihren Einstellungen von sich weisen. Es gibt jedoch keinen Teils/teils-Rassismus. Menschen denken und handeln rassistisch oder nicht. Dafür sprechen leider die alltäglichen Erfahrungen vieler Schwarzer Personen in Deutschland.

RASSISMUS GEGENÜBER SCHWARZEN MENSCHEN			
Ich... →	lehne eher/ lehne voll und ganz ab	teils/ teils	stimme eher/ stimme voll und ganz zu
Aussiedler sollten bessergestellt sein als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.	77	15	8
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	89	8	4
Für anspruchsvollere Tätigkeiten sind weiße Menschen eher geschaffen als Schwarze Menschen.	93	5	2
Wenn sich Schwarze Menschen mehr anstrengen würden, würden sie es auch zu etwas bringen.	81	11	8,2
Schwarze Menschen sind zu empfindlich, wenn von Rassismus in Deutschland die Rede ist.	58	26	16
Schwarze Menschen sollten dankbar sein, hier sein zu dürfen.	81	12	7,5

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Im Vergleich zur Erhebung der Mitte-Studie 2018/19 ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in nahezu allen Elementen rückläufig. Die offene Zustimmung dazu nimmt ab. Nach wie vor gibt es aber einen erheblichen Graubereich, also Personen, die menschenfeindlichen Einstellungen zwar nicht zustimmen, sie aber auch nicht ablehnen.



Ost-West-Unterschiede

Die Befunde zeigen, was bereits 2018/19 zu beobachten war: Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich nicht in ihrer Verbreitung und Zustimmung zu offen rechtsextremen Einstellungen. Allerdings bewegen sich mehr Ost- als Westdeutsche in einem Graubereich (G.) der Zustimmung, zwischen klarer Zustimmung (Z.) und klarer Ablehnung (A.). Zudem ist in Ostdeutschland die Billigung von Gewalt im politischen Raum weiter verbreitet als im Westen. Die Unterschiede werden zudem deutlicher beim Vergleich der Befragten danach, wo sie überwiegend aufgewachsen sind. So ist die Befürwortung unter den im Osten Aufgewachsenen gegenüber einer rechtsgerichteten Diktatur, insbesondere Sozialdarwinismus sowie Fremdenfeindlichkeit, signifikant weiter verbreitet. Ostdeutsche neigen zudem signifikant häufiger zu populistischen und rechtspopulistischen Einstellungen, also einem Populismus, der mit der Abwertung als „fremd“ markierter sozialer Gruppen einhergeht (s.o.). Insgesamt scheinen die langfristigen Erfahrungen und Prägungen bedeutsamer zu sein als die Region, in der die Befragten aktuell wohnen.

Graubereich zwischen Zustimmung und Ablehnung zu den Subdimensionen rechtsextremer Einstellungen nach Herkunft (Ost-/Westdeutschland) in Deutschland 2020/21 (Angaben in Prozent)

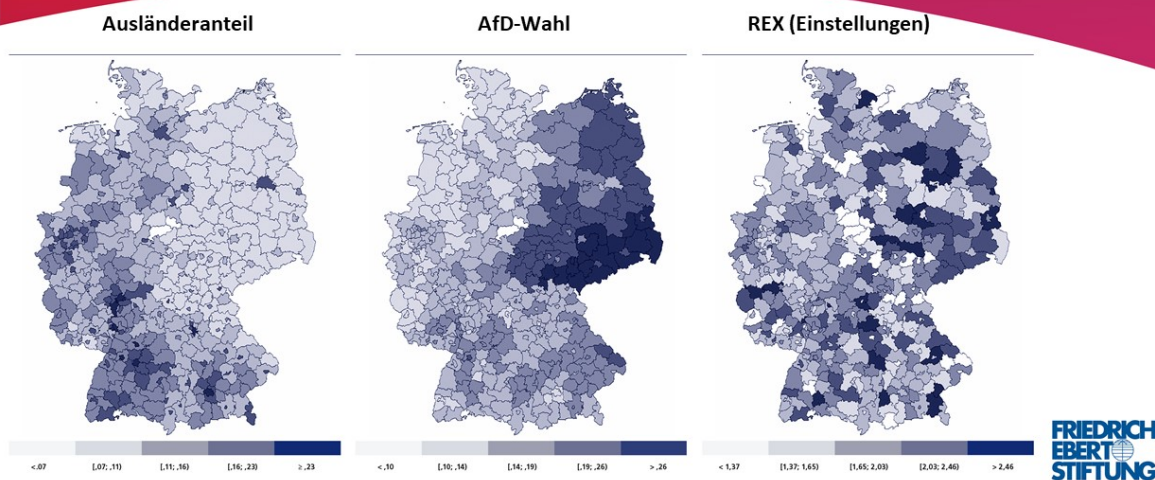
Tabelle A.3.0.2

	Gesamte Wohnbevölkerung			überwiegend in Ostdeutschland aufgewachsen			überwiegend in Westdeutschland aufgewachsen		
	A.	G.	Z.	A.	G.	Z.	A.	G.	Z.
Befürwortung Diktatur*	82,3	15,5	2,2	76,5	20,5	3,0	85,3	13,4	1,3
Chauvinismus	57,3	34,1	8,6	50,6	39,9	9,5	59,1	33,2	7,7
Verharmlosung des Nationalsozialismus	89,2	9,4	1,4	89,8	9,9	0,3	91,3	8,0	0,7
Fremdenfeindlichkeit*	74,1	21,3	4,5	68,3	24,6	7,1	77,5	18,4	4,1
Antisemitismus	88,0	10,3	1,7	83,4	14,8	1,8	91,0	7,7	1,3
Sozialdarwinismus***	88,3	8,8	2,9	84,0	10,0	6,0	91,5	7,7	0,8
Rechtsextremismus gesamt (geschlossen rechtsextremes Weltbild)	86,2	12,1	1,7	81,6	18,0	0,4	88,5	10,0	1,5

Rechtsextreme Einstellungen sind allerdings zugleich auch auf der regionalen Ebene nicht zufällig über Deutschland hinweg verteilt. Besonders verbreitet sind rechtsextreme Einstellungen in der Mitte-Studie 2020/21 dort, wo die AfD bei der Bundestagswahl 2017 erfolgreich war und der Anteil an Ausländer_innen in der Bevölkerung gering ist. Die politische Mobilisierung ist jedoch statistisch bedeutsamer als der geringe Ausländeranteil. Die Mobilisierung gelingt also gerade dort, wo wenig Ausländer_innen leben und beeinflusst die Meinungen der Bevölkerung, die dann auch eher bereit sind, diese in Wahlentscheidungen zu gießen.

REGIONALE ZUSAMMENHÄNGE

Ausländeranteil/ AfD-Wahl/ Rechtsextreme Einstellungen



Zustimmung zu einzelnen Facetten extremer und populistischer Einstellungen
(Angaben in Prozent)

Tabelle A.7.2

	Würde nicht und hat auch nicht AfD gewählt	Würde oder hat schon einmal AfD gewählt
Befürwortung Diktatur n. s.	2,2	1,7
Chauvinismus***	6,8	31,5
Verharmlosung des Nationalsozialismus***	1,1	5,6
Fremdenfeindlichkeit***	3,4	19,5
Antisemitismus n. s.	1,6	3,5
Sozialdarwinismus***	2,4	9,5

Anmerkungen * = $p \leq ,05$; ** = $p \leq ,01$; *** = $p \leq ,001$. | Daten sind design- und anpassungsgewichtet.

Verschwörungserzählungen

Eine gesunde Skepsis gegenüber Autoritäten und Institutionen ist für eine demokratisch verfasste Gesellschaft wichtig, aber wenn Verschwörungserzählungen sogar dazu beitragen, Gewalt zu legitimieren, dann können sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie als solche gefährden. Verschwörungsmymen finden teilweise hohen Zuspruch. Die Ergebnisse zeigen: Menschen mit ausgeprägter Verschwörungsmentalität nutzen eher antidemokratische Formen von politischem Verhalten und weniger demokratisch legitimierten Protest. Verschwörungserzählungen können zudem Gewalt legitimieren und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie gefährden.

Verschwörungsmymen

Verschwörungsmentalität 2020/21 (Angaben in Prozent)

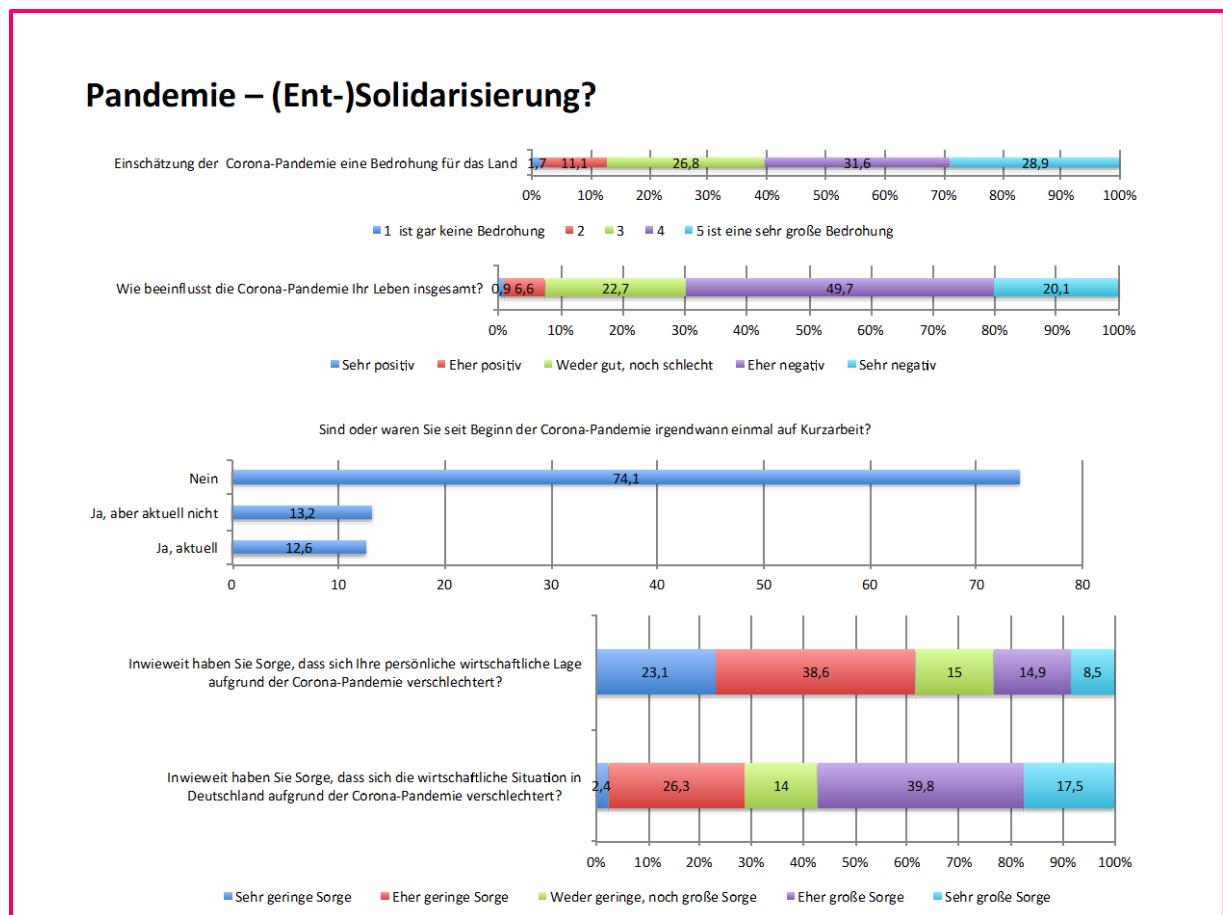
Tabelle 9.1

Stimme ... –	... überhaupt nicht zu	... eher nicht zu	teils/teils	... eher zu	... voll und ganz zu
Verschwörungsmentalität 2020/21 (M = 2,50; SD = 0,94; n = 725; $\alpha = ,81$)					
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.	26,9	25,4	24,8	14,0	8,9
Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten dahinterstehender Mächte.	29,6	25,2	24,7	12,7	7,8
Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke.	27,7	25,4	22,7	11,4	12,8
Ich vertraue meinen Gefühlen mehr als sogenannten Experten.	15,2	18,8	33,8	13,4	18,9
Studien, die einen Klimawandel belegen, sind meist gefälscht.	44,8	33,9	13,4	3,9	4,1

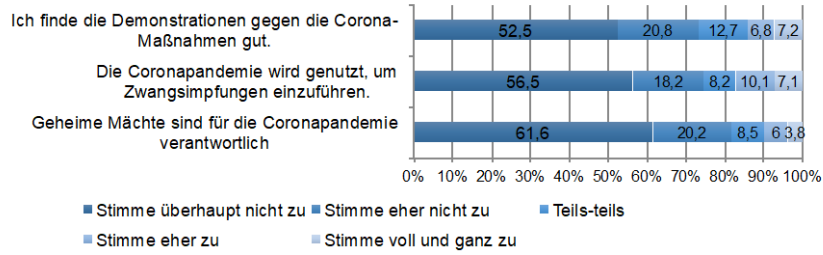
Befragte, die Verschwörungsmythen folgen, neigen signifikant häufiger auch zu jenen mit antisemitischem Bezug. Dies gilt auch für Verschwörungsmythen in Zusammenhang mit Corona. Von den rund 18% Befragten, die zumindest teils/teils annehmen: „Für die Coronapandemie sind geheime Mächte verantwortlich“, meinen rund 54% ebenfalls mindestens teils/teils, „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“. Unter den Befragten, die nicht an geheime Mächte hinter der Coronapandemie glauben, sind dies zwar immerhin auch 15,5% der Befragten, allerdings bedeutend weniger.

Betroffenheit von der Coronapandemie

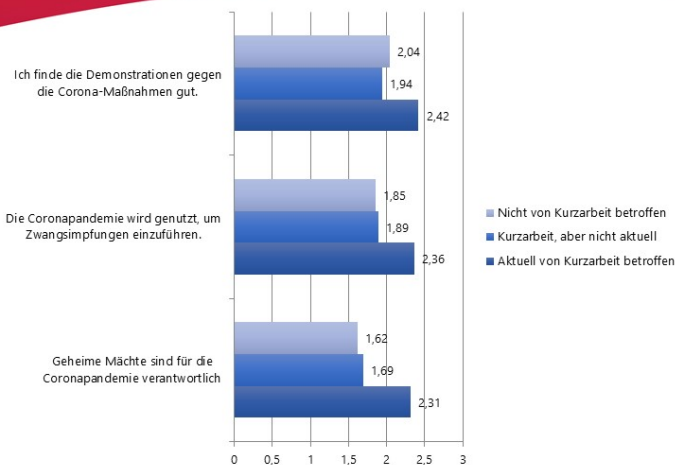
60,5% der Befragten bewerten die Coronapandemie als Bedrohung für das Land. Dies sind überraschend wenig, angesichts des dominierenden Themas im vergangenen Jahr. Die Feldphase der Mitte-Studie 2020/21 lief im Winter während des 2. Lockdowns. Dennoch fühlen sich viele Befragte negativ von der Pandemie betroffen. Die eigene faktische Betroffenheit – hier erfasst über die Kurzarbeit – hat jedoch nur einen recht geringen Einfluss auf die Einstellungen. Dennoch wird erkennbar: Wer selbst aktuell von Kurzarbeit betroffen ist, glaubt eher an Verschwörungsmythen rund um Corona und vertritt häufiger gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen. Diese Befunde verlangen nach einer sorgfältigen Beobachtung auch der möglichen wirtschaftlichen Folgen in der Zeit nach der Pandemie.



VERSCHWÖRUNGSMYTHEN UND DEMONSTRATIONEN IN ZUSAMMENHANG MIT CORONA



...IN ABHÄNGIGKEIT DER EIGENEN BETROFFENHEIT VON KURZARBEIT



- Wer aufgrund der Corona-Pandemie aktuell von Kurzarbeit betroffen ist, glaubt eher an Verschwörungsmythen in Zusammenhang mit Corona und findet in der Tendenz die Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen eher gut.
- Bei Kontrolle der Schulbildung bzw. des Einkommens verringert sich der Effekt deutlich.

Medienmisstrauen

Die meisten Befragten vertrauen den öffentlich-rechtlichen Medien, fast 70% halten sie für eine wichtige Säule der Demokratie. Die stimmen der Aussagen eher oder voll zu: „Doch immerhin rund ein Drittel tut dies nicht, hält die öffentlich-rechtlichen Medien weder für eine wichtige Säule der Demokratie noch für vertrauenswürdig und gibt zumindest teils/teils, eher oder voll zustimmend an, dem Internet mehr zu vertrauen als den öffentlich-rechtlichen Medien. Etwa ein Viertel der Befragten hängt außerdem dem Verschwörungsnarrativ an, Medien und Politik stecken unter einer Decke. Die

VERTRAUEN UND MISSTRAUEN IN MEDIEN

Medienmisstrauen

Zustimmung zu Medienmisstrauen (Angaben in Prozent) Tabelle 3.2.1

Ich stimme ... →	überhaupt nicht zu	eher nicht zu	teils/teils	eher zu	voll und ganz zu
Skalenwerte »Medienmisstrauen« (M = 2,2; SD = 0,93; n = 829; α = ,68)					
Ich vertraue dem Internet mehr als den öffentlich-rechtlichen Medien.	40,4	26,5	23,3	4,6	5,3
Öffentlich-rechtliche Medien sind eine wichtige Säule unserer Demokratie. ^a	4,1	7,5	19,4	27,9	41,0
Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke. ^b	27,7	25,4	22,7	11,4	12,8

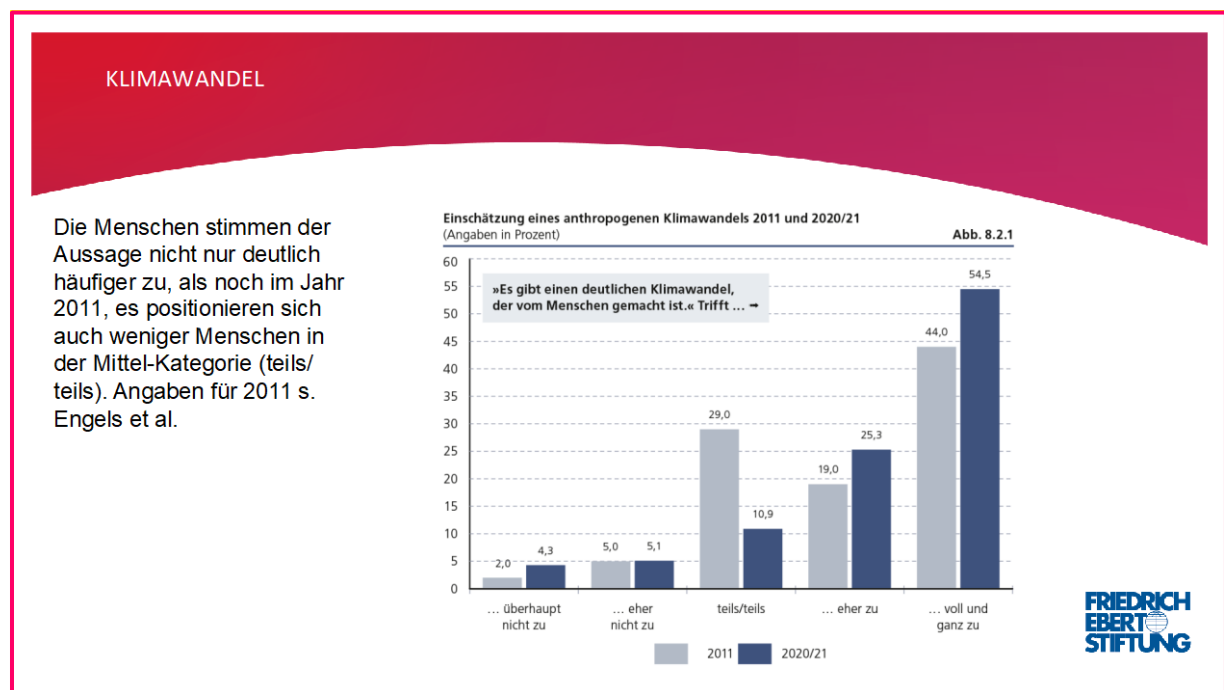
Analysen zeigen, dass Medien-Misstrauen vor allem ein rechtes Phänomen ist: Medien-Misstrauen geht Hand in Hand mit (rechts-)populistischen und rechtsextremen Einstellungen.

Wissenschaftsfeindlichkeit & Klimaskepsis

Der Großteil der Mitte (80%) ist inzwischen davon überzeugt: „Es gibt einen deutlichen Klimawandel, der vom Menschen gemacht ist“, gut 11% antworten hier mit teils/teils, weniger als jede_r Zehnte hält dies für eher oder überhaupt nicht zutreffend. Im Vergleich zu Studien von vor zehn Jahren hat die Überzeugung von der realen Existenz eines menschengemachten Klimawandels also deutlich zugenommen. Entsprechend halten 75% der Befragten die Energiewende im Großen und Ganzen für richtig. Allerdings ist auch ein nicht ganz kleiner Anteil skeptisch. So meinen etwas 8% der Befragten und weitere 13% teils/teils: „Studien, die einen Klimawandel belegen, sind meist gefälscht.“ 15% vermuten: „Durch den Windausbau wollen sich Unternehmer und Politiker nur bereichern.“ Rund 12% denken: „Die Kommunalpolitik steckt mit der Windkraftlobby unter einer Decke“, weitere 24% nehmen dies zumindest teils/teils an.

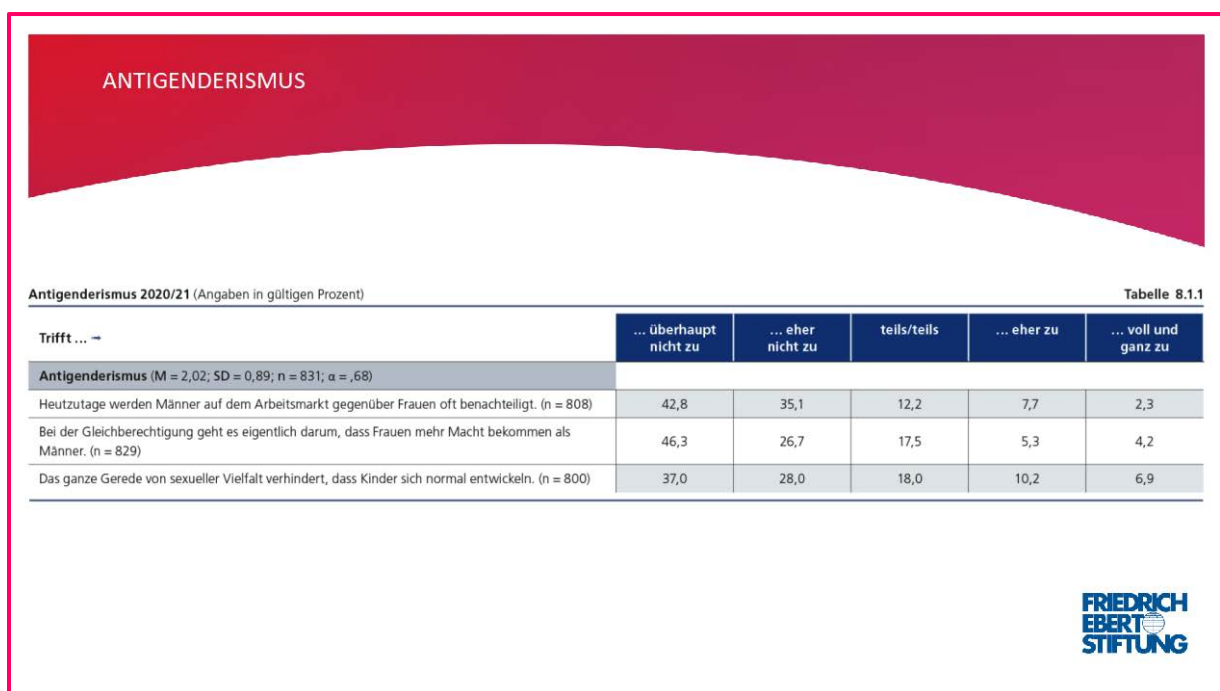
Deutlich werden zwei Meinungsmuster: Ein großer Teil der Bevölkerung sieht den Klimawandel als Bedrohung, hält den Klimawandel zudem für substanziell auch menschengemacht, und befürwortet die Energiewende im Großen und Ganzen. Daneben gibt es auch eine populistische Aufladung des

Themas, die Hand in Hand mit anderen populistischen Einstellungen geht, gekennzeichnet u.a. durch ein generelles Misstrauen gegenüber „den Eliten“. Diese Form des auf Klimawandel und Energiewende bezogenen Populismus ist nicht nur im politischen Spektrum rechts von der Mitte weiter verbreitet, sondern zu einem gewissen Teil auch unter jenen, die sich selbst „ganz links“ verorten. Sehr deutlich korreliert ein solcher Populismus auch mit rechtsextremen Einstellungen, die zunächst einmal unabhängig von der politischen Selbstpositionierung sind, im politischen Spektrum rechts der Mitte allerdings deutlich verbreiteter sind. Ein auf Klima und Energie bezogener Populismus geht eher mit einer Ablehnung der Energiewende einher; im Übrigen sehen potenzielle Wähler_innen der AfD die Bedrohung durch den Klimawandel für nicht so groß und sind gegenüber der Energiewende skeptischer, allerdings ist auch hier die Mehrheit von einem menschengemachten Klimawandel überzeugt.



Antigenderismus

Ein immer geringerer Anteil in der Bevölkerung stimmt traditionellem Sexismus oder der Abwertung von Homosexuellen oder Trans* Menschen zu, zeigen die Ergebnisse dieser Studie. Gleichzeitig gibt es mehr Befragte, die ihre Einstellung in einer Teils/teils-Antwort ausdrücken. Dies sind beim traditionellen Sexismus und der Abwertung von Homosexuellen etwa 11% sowie 18% bei der Abwertung von Trans* Menschen. Männer (11,5%) neigen kaum häufiger zum Antigenderismus als Frauen (10,6%). Befragte, die in Ostdeutschland aufgewachsen sind – und hier insbesondere Männer – neigen fast doppelt so häufig zum Antigenderismus (14,9%) wie Befragte, die überwiegend in Westdeutschland aufgewachsen sind (7,9%).

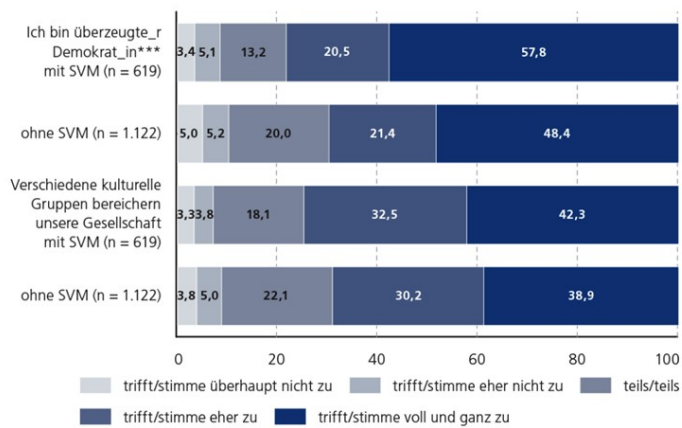


Mitgliedschaft in Gewerkschaft, Religionsgemeinschaften und Sportvereinen

Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und Sportvereine gelten als wichtige zivilgesellschaftliche Akteure. Sie nehmen für sich in Anspruch, auch für das gesellschaftliche Miteinander eine besondere Rolle zu spielen. In den Befunden der Mitte-Studie 2020/21 unterscheiden sich Mitglieder und Nicht-Mitglieder jedoch kaum. Befragte, die Mitglieder in Sportvereinen sind – dies sind über ein Drittel der Befragten – halten sich für demokratischer und bewerten kulturelle Vielfalt für die Gesellschaft noch häufiger als bereichernd als Nicht-Mitglieder. Sie teilen menschenfeindliche Einstellungen aber fast genauso häufig wie Nicht-Mitglieder.

MITGLIEDSCHAFT IN SPORTVEREINEN

Zustimmung zu Demokratie und kultureller Vielfalt
nach Sportvereinsmitgliedschaft (Angaben in Prozent) **Abb. 3.3.2**



Politische Bildungsarbeit

Die Mitte-Studie 2020/21 zeigt: je weniger Menschen Zeit in Bildungseinrichtungen verbringen, umso höher ist die Tendenz auch nach vielen Jahren immer noch, stärker Vorurteilen und antidemokratischen Einstellungen Zustimmung zu geben. Dies ist kein Problem der Menschen, sondern ein Defizit in Bildungsmöglichkeiten und Bildungschancen. Gleichzeitig sehen Befragte aus einkommensschwächeren Gruppen stärker als einkommensstärkere Gruppen den Konkurrenz- und Leistungsdruck als Gefährdung für das Land. Bildung gilt als der Schlüssel gegen menschenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen. Die Mitte-Studien belegen immer wieder eine abnehmende Zustimmung zu damit verknüpften Aussagen, je höher die Schulbildung ist.

Politische Bildung sollte nicht als Extremismusprävention für die Ränder, sondern für die breite Mitte, zur Stärkung und zum Schutz von Zivilgesellschaft gegen Rechts fungieren, so Prof. Dr. Sabine Achour von der FU Berlin in der Mitte-Studie 2020/21. Auf der Grundlage der Befunde der Studie zieht Achour Schlussfolgerungen für die Politische Bildung und appelliert an eine verstärkte Investition in den Zugang zur politischen Bildung für alle gesellschaftlichen Gruppen, z.B. auch im so genannten vopolitischen Raum und im Sinne einer Demokratisierung aller Lebensbereiche. „Politische Bildung muss auch aufsuchend und sozialräumlich sein, damit nicht nur bestimmte Gruppen erreicht werden und sich Bildungsunterschiede nicht in demokratiegefährdenden und menschenfeindlichen Einstellungen auflösen“, meint die Forscherin. Sie verweist auch darauf, dass politische Akteure in ihrer demokratischen Haltung Vorbilder sein müssen und die Zivilgesellschaft in ihrer Demokratiearbeit gegen Menschenfeindlichkeit permanent gestärkt werden muss.

Rechtsextreme Einstellungen nach Schulbildung 2020/21

(Angaben in Prozent)

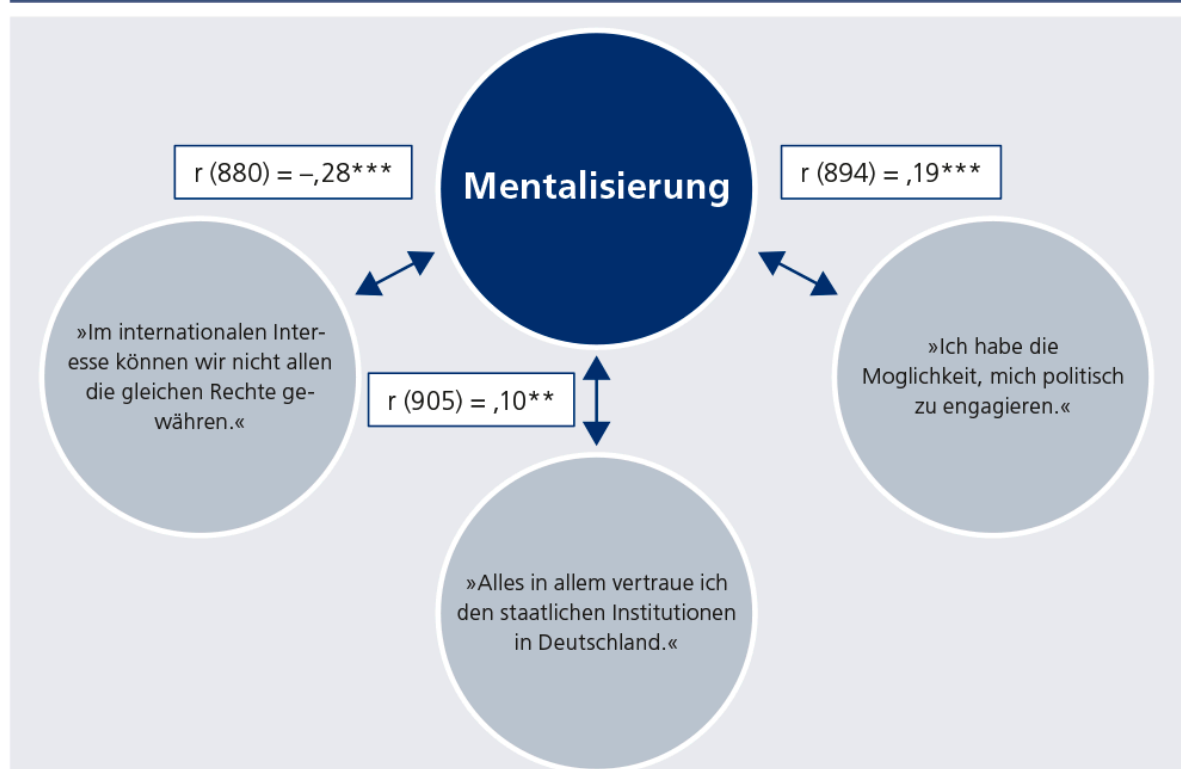
Tabelle 3.0.6

	niedrig (n = 525)	mittel (n = 559)	hoch (n = 615)
Befürwortung Diktatur***	5,3	1,0	0,8
Chauvinismus***	15,4	8,1	3,6
Verharmlosung des Nationalsozialismus	1,8	1,4	0,3
Fremdenfeindlichkeit***	7,7	4,6	2,2
Antisemitismus**	3,1	1,1	0,5
Sozialdarwinismus***	8,2	0,7	0,7
Rechtsextremismus gesamt (geschlossen rechtsextremes Weltbild)**	3,2	1,3	0,8

Einen positiven Ausblick geben die Ergebnisse zur Fähigkeit von Vermittlung (Mentalisierung): Je höher der Bildungsgrad der Befragten, desto stärker ist die Mentalisierungsfähigkeit. In der untersuchten Stichprobe mit der Identifikation als Demokrat_in wurde deutlich, dass auch hier die Mentalisierungsfähigkeit als psychologisch-vermittelnde Kompetenz steigt. Unter dem Terminus der Mentalisierung wird in der Psychologie die Fähigkeit beschrieben, zwischen eigenen und anderen Perspektiven zu vermitteln und sich in andere hineinversetzen zu können. Wer dies kann, ist auch

Mentalisierung und demokratisches Denken, Fühlen und Handeln

Abb. 10.2



offener und befähigter zu Demokratie. Deren grundlegendes Anliegen ist es, die Vielfalt unterschiedlicher Interessenslagen einer diversen Bevölkerung auf zivilisierte Art und Weise in politische Entscheidungen und eine zivile gesellschaftliche Umgangsweise zu überführen.

Fazit

Die Studie zeichnet neben der den rechtsextremen und demokratiegefährdenden Einstellungen in der Mitte auch positive Entwicklungen, die nach Ansicht des Forschungsteams mehr Aufmerksamkeit verdienen. Das Vertrauen in Demokratie und ihre Institutionen hat zugenommen, das Gefühl politischer Machtlosigkeit ist gesunken und eine deutliche Mehrheit erkennt im Rechtsextremismus eine Bedrohung, fordert ein größeres Engagement für eine offene Gesellschaft und fällt nicht auf rechtspopulistische Propaganda herein.

Insgesamt zeichnet die Studie einerseits eine mehrheitlich demokratisch orientierte Gesellschaft, andererseits eine immer unkonkretere Ablehnung gegenüber rechtsextremen Einstellungen, die sich in Uneindeutigkeiten, Ambivalenzen und subtilen Zustimmungen zeigt. Es braucht mehr politische Demokratiebildung, Arbeit gegen Vorurteile und weniger Verharmlosung von Demokratiefeindlichkeit und rechten Meinungen. Die Mitte ist in ihrer großen Mehrheit nicht rechtsextrem eingestellt, dennoch müssen Graubereiche und Ambivalenzen ernst genommen werden, die eine Offenheit dafür erkennen lassen.

Die Mitte-Studie verbindet die Langzeitstudie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, die seit dem Jahr 2002 – also seit fast 20 Jahren – Vorurteile, Diskriminierungen und Abwertungen von Gruppen untersucht, mit der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die seit dem Jahr 2006 vor allem rechtsextreme Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft untersucht.

Datengrundlage der repräsentativen Umfrage 2020/21:

- Telefonische Befragung (CATI) von 1.750 repräsentativ ausgewählten Personen der deutschen Wohnbevölkerung; Befragungszeitraum: 2. Januar und 17. Februar
- »uzbonn – Gesellschaft für empirische Sozialforschung und Evaluation«
- Daten von insgesamt 929 (53%) Frauen und 821 (47%) Männern
- Alter der Befragten: 18 – 96 Jahre; Altersdurchschnitt: 53 Jahre

Pressekontakte:

FES: Peter Donaiski, Tel. (030) 336935-7038, peter.donaiski@fes.de

FES: Franziska Schröter, Tel. (0173) 3294721, franziska.schroeter@fes.de

FES: Katrin Breston-Ziehlke, Tel. (030) 26935-7311, forum.kbz@fes.de

Weitere Informationen, Grafiken und Kontaktdaten finden Sie ab 22.6., 12 Uhr unter www.fes.de/mitte-studie

Sperrfrist: Dienstag, 22. Juni 2021, 12 Uhr

Unser Hashtag: **#MitteStudie**

FORSCHUNGSTEAM

- Prof. Dr. Sabine Achour (Berlin)
- Wilhelm Berghan (Bielefeld)
- Dr. Hannes Delto (Hannover/Bielefeld)
- Alexander Häusler (Düsseldorf)
- Dr. Nora Krott (Bielefeld)
- Prof. Dr. Beate Küpper (Mönchengladbach)
- Pia Lamberty (Berlin)
- Souad Lamroubal (Düsseldorf)
- Nico Mokros (Bielefeld)
- Michael Papendick (Bielefeld)
- Prof. Dr. Jonas Rees (Bielefeld/Bremen)
- Yann Rees (Bielefeld)
- PD Dr. Fritz Reusswig (Potsdam)
- Dr. Maïke Rump (Mönchengladbach)
- Dr. Michael Reiniger (Hamburg)
- Prof. Dr. Andreas Zick (Bielefeld)

